

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

173 (30.7.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83926](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83926)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg

Die Oldenburgische Volkszeitung (Bestand Zeitung, Dammers Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4.62 Mark; zweimonatlich 2.80 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.08 Mark; einmonatlich 1.40 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.54 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Reklamezeile 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von Differenzen, Streit, Sperrung, Aufhebung, Beschlagnahme in unserem eigenen Betriebe oder durch anderer Verhältnisse haben der Verleger und Verleger keine Ansprüche, falls die Zeitung besperrt, in beschlagnahmter Umgebung oder nicht erscheint.

Nr. 173. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Freitag, Mittwoch, 30. Juli 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barelmann, Achterstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Eine neue Erzbergerrede.

Sturm in Weimar.

WTB. Weimar, 28. Juli.

Am Ministertisch: Erzberger, Dr. David, Müller, Dr. Preuß und andere.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 2.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen politischen Ansprache über die Erklärungen der Regierung.

Abg. Löbe (Soz.) wiederholt den Antrag, den Gesandtschaftsrat über den Sachverhalt des Hofes mit der allgemeinen politischen Debatte zu verbinden.

Abg. Schulz-Bromberg (D. N.) erhebt dagegen Widerspruch.

Abg. Hausmann (Dem.) stimmt dem Antrag Löbe zu.

Präsident Fehrenbach kann eine bestimmte Aussage nicht geben, daß noch ein zweiter Redner der Deutsch-Nationalen zu Worte kommen wird, will aber noch möglichst dahin wirken.

Der Antrag Löbe wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reichsminister des Innern Dr. David:

Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges, nach der Verantwortung für seine Verlängerung und für seinen Verlust bewegt heute alle Teile unseres Volkes aufs tiefste, und deshalb hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofes so rasch wie möglich verabschiedet wird. Es liegt ein Antrag Selbige vor, der darauf hinausgeht, den Entwurf völlig zu verwässern. Abg. Kahl: (Objektiv gestimmt) Die Kritik von Professoren ist im Krieg noch tiefer gefallen, als unsere Politik (sehr gut links), und nach dem, was wir von politischer Objektivität und politisch gesunden Urteilen erlebt haben, ist auch nicht zu verlangen, daß das Volk ihnen ein besonderes Vertrauen entgegenbringt. Der im Entwurf vorgesehene

parlamentarische Ausschuss

von Mitgliedern aller Parteien ist die beste Einrichtung für die objektive Feststellung von Tatsachen; denn jede Partei kontrolliert die andere. Dazu tritt dann als zweites Institut der Staatsgerichtshof. Auch die nächsten Beteiligten haben ein Interesse daran, daß ein Staatsgerichtshof eingerichtet wird; er genügt ihnen einen gewissen Schutz gegen ein einseitig eingeleitetes Entschuldigungsverfahren. Die Reichsregierung wünscht nur

Wahrheit und Gerechtigkeit

nach allen Seiten. Ein Antrag Löbe wünscht die Veröffentlichung aller der Regierung bekannten Geheimdokumente. Die Regierung hat zu erklären, daß die Veröffentlichung aller dieser Dokumente im unvollständigen Maße vorbereitet ist. Die den Wissenschaftlern betreffenden werden schon in den allerersten Tagen der Öffentlichkeit unterbreitet, und auch die den Kriegsanführern betreffenden werden schon in aller Kürze in Druck gegeben werden. Die volle Wahrheit, die auf diese Weise an den Tag kommen wird, mag für manche schmerzhaft und folgenreicher sein, der Gesamtheit des Volkes wird sie zum Segen gereichen.

Abg. Gothein (Demokrat):

Der Abg. Haake hat unsere Haltung in der Friedensfrage bemängelt. Ich stelle fest, daß wir von vornherein den Friedensvertrag für unentzerrlich und unerschütterlich und deshalb auch für unannehmbar bezeichnet haben. Wir erblicken in der Wiederherstellung der Monarchie die schwerste Gefahr nach innen und außen und verteidigen deshalb aufs härteste die republikanische Staatsform. (Anhaltender Beifall.) Die Ministerlungen Erzbergers über die Papstnote haben uns wohl alle erschütterter, wir halten es aber für unbedingt notwendig, daß uns auch die englische Note an den Papst schleunigst bekannt gegeben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Wendung des Krieges im Jahre 1917 hätte uns 500—600 000 unserer besten Söhne gespart. (Zusammenhang und Zustimmung.) Es kommt hinzu, daß nicht erst im Herbst 1917, sondern

schon Ende 1916 und Anfang 1917 eine noch günstigere Friedensgelegenheit gegeben war.

Wer dem Volke vorredet, daß der Wiederanstieg unserer Wirtschaft anders möglich ist als durch Arbeit, ist ein politischer Bräunungsverfälscher. Soll es dahin kommen, daß unsere Industrie sich Kohlen

aus Amerika holen muß? Wir müssen selbst Kohlen fördern für die Industrie für die Eisenbahn usw. Hier ist es praktische Arbeit und nicht Konversation über die Sozialisierung. (Planwirtschaft!) Ohne den Arbeitswillen des gesamten Volkes kommen wir aus dem Elend nicht heraus. Der Winter wird erst zeigen, was die Streiks angerichtet haben. Wer die Arbeiter zum Streik verführt, begeht ein Verbrechen am Volke. (Zustimmung.)

Reichsminister des Äußern Müller:

Die Frage der Auswanderung und der Arbeiterfrage ist im diplomatischen Dienst werden bereits von der Regierung mit Aufmerksamkeit verfolgt. Es ist ein Uebereinkommen aufstufende gekommen, daß ein Nachschub in das Baltikum nicht mehr stattfinden soll. Offiziere, die dagegen beschuldigt werden, werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Auch die Anwerbung von Truppen für das Baltikum durch das Versprechen von Siedlungsland wird unseren Verordnungen widersprechend. Im Falle Ayrard sind Beamte im Auswärtigen Amt über den Verdacht erhaben, nach politischen Gesichtspunkten vorzugehen zu sein. Radek wird freigelassen werden, sobald die russische Sowjetregierung erklärt wird, daß er mit ihrer Genehmigung nicht wieder nach Deutschland zurückkehren wird. Die Dokumente aus der Zeit des Friedensvertrages sind in Druck. Es kann selbstverständlich nicht davon die Rede sein, daß Deutschland der allein Schuldige ist, ebensowenig aber, daß die Zentralmächte anschuldigt sind. Das Schreiben des Runtius Pacelli ist erst am 5. September in Berlin eingetroffen. Dadurch wird die Spannung um 19 Tage vermindert; denn die Antwort des Reichskanzlers erfolgte am 24. September.

Für heute nur folgendes: Die

Frage der englischen Regierung

war als Anlage zu dem Schreiben beigegeben. Sie lautet in Uebersetzung:

Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verhandlungen über die Note Sr. Majestät zu befragen, und sind nicht in der Lage, unsere Wünsche in Beantwortung der Vorwürfe Sr. Heiligkeit, betreffend einen dauernden Frieden, zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näher zu kommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Grenz, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens — und in diesem Punkte haben die Mittelmächte anerkannt, im Vertrag zu sein — ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden, die völlige Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Schäden wieder gut zu machen, die sie es heute erdulden lassen. Seiner Eminenz dürfen zweifellos die Erklärungen gegenüber sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weber von Defferich, noch von Deutschland ist niemals eine solche äquivalente Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegsziele in Uebereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinander gehen.

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die belgische Frage das Kernproblem der Friedensfrage war. Nur eine klare Antwort in der belgischen Frage in bezug auf seine Wiederherstellung konnte uns dem Frieden näher bringen. Es muß nun aber aufgeklärt werden, wie das Auswärtige Amt dazu kam, dem Schritt des Runtius Pacelli keine andere Folge zu geben. Neben diesem Schritt ging ein anderer Schritt einher: durch das Auswärtige Amt war Fühlung genommen worden mit

einem spanischen Diplomaten

zu dem Zweck, daß er mit England Fühlung nehme. Und dieser Schritt war bereits eingeleitet vor dem 5. September 1917, also bevor die Note des Runtius in Berlin einging. Die belgische Frage war seit dem Kronrat vom 11. September zum Gegenstand einer Beratung gemacht worden. Derselbe stellte ich fest:

1. daß der Reichskanzler Michaelis den Pariser Führern der Note Pacelli und dem englischen Friedensangebot nichts mitgeteilt hat;

2. daß den Pariser Führern die Aufgabe einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen wurde, und

3. daß die Antwort Michaelis' auf die Note genau das Gegenteil einer solchen Erklärung war.

Abg. Schulz-Bromberg (Dfisch.-Nat.): Die Waffenverteilung auf dem Lande ist notwendig gemein, um Schutz gegen Raub und Plünderung zu schaffen. Man kann doch die auf Verlangen der Regierung aufgestellten Einwohnerwehren nicht ohne Waffen lassen. Ein ungeheurer Vorwurf ist, daß die Vaterlandspartei zur Verhinderung des Friedensschlusses gedrängt worden sei. Ist Herr Erzberger entfallen, daß eine große Anzahl führender Mitglieder des Zentrums Mitglieder der Vaterlandspartei waren? Sind ihm nicht die Demokraten und Sozialdemokraten bekannt, die Mitglieder und Anhänger der Vaterlandspartei waren? Wir werden über die einseitige Darstellung der Minister, die nun einmal, wie ich es glaube, am Regierungstisch sitzen (Gern bei den Sozialdemokraten), Aufklärung im Volke schaffen. (Beifall rechts. Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchsichtige Verkleidung des alten Kaiseriums hinzustellen, so erkläre ich demgegenüber: Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Es ist eine Forderung, wenn er bekannt ist, in der Republik würden die Regierungskosten nach Parteigesichtspunkten verteilt. Früher war das so. Jetzt kommt nur der an die Spitze, der sich bewährt hat und der das Vertrauen des Volkes besitzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie (nach rechts) uns immer unsere Arbeitervergangenheit vormerken. Wir sind stolz auf diese Vergangenheit und wir lachen über den Dünkel und über den Ständeshochmut, mit dem Sie über uns abzuurteilen wollen. Der Abg. Schulz hat gemeint, unsere Gegner hätten uns nach dem Friedensangebot von 1918 unverzügliche Forderungen gestellt, daß daran schon jede Möglichkeit einer Verständigung geklopft wäre. Das ist nicht richtig. Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen gestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele mitteilt. Ich habe dies dem Reichskanzler mitgeteilt, aber die deutsche Regierung stets abgelehnt. Man versucht die deutsch-nationale Partei schon seit Wochen in einer beispiellosen Höhe, der Reichsregierung und den beiden Mehrheitsparteien die Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Unter dem Druck dieser Liegenkampagne hat Reichsminister Erzberger am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, die an sich ganz unähnlich ausfallen, und die es fast

rätselhaft erscheinen lassen, warum unsere Bereitwilligkeit zur Wiederherstellung Belgiens, die Herr v. Kühlmann als die unbedingte Voraussetzung jeder Friedensabhandlung bezeichnet hatte, nicht ausgesprochen worden ist, gebe ich Ihnen zwei Niederschriften aus jenen Tagen, die eine vom 12. September 1917, also am dem Tage nach dem Kronrat, von Herrn Michaelis an den Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg gerichtet, die zweite vom 15. September 1917, die Antwort Hindenburgs enthaltend, der eine Denkschrift Ludendorffs beiliegend. Wenn Sie diese Schriftstücke zur Kenntnis genommen haben, werden Sie verstehen, warum auf eine präzise Anfrage bezüglich der Wiederherstellung Belgiens keine präzise Antwort erfolgte. (Der Ministerpräsident vertieft die Schriftstücke.) Es liegt in jener Zeit, da es einen vollen Verständigungsfrieden nicht geben konnte, müßte man den Krieg gewinnen oder verlieren. Ich verzichte auf weitere Schlussfolgerungen. Wer stand nun hinter der Vaterlandspartei und lieferte ihr die reichen Mittel für ihre annerkennungsfähige Partei? Die Faktion tanzen um das Volk und trüben es in seiner Verbannung in den Untergrund. (Zuruf rechts. Abg. Traub: Schauspielerei! Tolender Lärm links. Zurufe: Politische Schurken, Vaterlandsverräter! Der Präsident läutet; nur abgerissene Worte des Redners dringen durch.) Was deutsche Volk wird Sie zur Rechenschaft ziehen. (Erneute, wilde Zurufe links: Verbredende! Traub! Andauernde stürmische Bewegung.) Ich frage: Wo kamen die Mittel her? Von dem feudalen Adel und der Schwerindustrie. Der Schwerindustrie, die lange Jahre eine wohlführende Propaganda für ihre Annerkennung getrieben hat. Einmal lernen wir aus diesem Kriege, nämlich, daß ein Volk sich nicht helfen sollte gegen die Verdrängung solcher Dinge, als wenn es die reichen Erbschaften, die die Großindustrie besitzt, in den Besitz der Allgemeinheit überführt. (Stürmischer Beifall, andauernde große Urbrufe.) Ich beabsichtige nichts Neues zu sagen, hier sei die Fei zu ziehen. Wir wollen ein unparteiisches Gericht. Nach diesen wenigen Proben aber sollen Sie (nach rechts) sich gefogt sein lassen: Wir sind zu jedem Kampf bereit; wir haben nichts zu verlustigen. Wir wollen nicht, daß das neue Deutschland mit den alten Schulden belastet wird. Gegen die Liquidation, ob sie von rechts oder links gefördert wird, gibt es nur ein Gebot (Zuruf von rechts: Arbeiten! Große Heiterkeit, die auf der Linken zu fürmischer Entrüstung wird. Der Präsident läutet, während ein tosender Lärm ausbricht.) Bei Ihren Klaffensellen gibt es Erfleuten genug, die arbeiten müssen. (Neuer Lärm rechts.) Wir wollen nicht, um der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen. Der Staatsgerichtshof wird über Schuld und Unschuld am deutschen Volke entscheiden. (Stürmischer Beifall links, Zischen rechts, das allmählich von dem immer stärker wachsenden Beifall der Linken überflutet wird.)

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchsichtige Verkleidung des alten Kaiseriums hinzustellen, so erkläre ich demgegenüber: Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Es ist eine Forderung, wenn er bekannt ist, in der Republik würden die Regierungskosten nach Parteigesichtspunkten verteilt. Früher war das so. Jetzt kommt nur der an die Spitze, der sich bewährt hat und der das Vertrauen des Volkes besitzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie (nach rechts) uns immer unsere Arbeitervergangenheit vormerken. Wir sind stolz auf diese Vergangenheit und wir lachen über den Dünkel und über den Ständeshochmut, mit dem Sie über uns abzuurteilen wollen. Der Abg. Schulz hat gemeint, unsere Gegner hätten uns nach dem Friedensangebot von 1918 unverzügliche Forderungen gestellt, daß daran schon jede Möglichkeit einer Verständigung geklopft wäre. Das ist nicht richtig. Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen gestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele mitteilt. Ich habe dies dem Reichskanzler mitgeteilt, aber die deutsche Regierung stets abgelehnt. Man versucht die deutsch-nationale Partei schon seit Wochen in einer beispiellosen Höhe, der Reichsregierung und den beiden Mehrheitsparteien die Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Unter dem Druck dieser Liegenkampagne hat Reichsminister Erzberger am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, die an sich ganz unähnlich ausfallen, und die es fast

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchsichtige Verkleidung des alten Kaiseriums hinzustellen, so erkläre ich demgegenüber: Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Es ist eine Forderung, wenn er bekannt ist, in der Republik würden die Regierungskosten nach Parteigesichtspunkten verteilt. Früher war das so. Jetzt kommt nur der an die Spitze, der sich bewährt hat und der das Vertrauen des Volkes besitzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie (nach rechts) uns immer unsere Arbeitervergangenheit vormerken. Wir sind stolz auf diese Vergangenheit und wir lachen über den Dünkel und über den Ständeshochmut, mit dem Sie über uns abzuurteilen wollen. Der Abg. Schulz hat gemeint, unsere Gegner hätten uns nach dem Friedensangebot von 1918 unverzügliche Forderungen gestellt, daß daran schon jede Möglichkeit einer Verständigung geklopft wäre. Das ist nicht richtig. Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen gestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele mitteilt. Ich habe dies dem Reichskanzler mitgeteilt, aber die deutsche Regierung stets abgelehnt. Man versucht die deutsch-nationale Partei schon seit Wochen in einer beispiellosen Höhe, der Reichsregierung und den beiden Mehrheitsparteien die Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Unter dem Druck dieser Liegenkampagne hat Reichsminister Erzberger am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, die an sich ganz unähnlich ausfallen, und die es fast

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchsichtige Verkleidung des alten Kaiseriums hinzustellen, so erkläre ich demgegenüber: Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Es ist eine Forderung, wenn er bekannt ist, in der Republik würden die Regierungskosten nach Parteigesichtspunkten verteilt. Früher war das so. Jetzt kommt nur der an die Spitze, der sich bewährt hat und der das Vertrauen des Volkes besitzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie (nach rechts) uns immer unsere Arbeitervergangenheit vormerken. Wir sind stolz auf diese Vergangenheit und wir lachen über den Dünkel und über den Ständeshochmut, mit dem Sie über uns abzuurteilen wollen. Der Abg. Schulz hat gemeint, unsere Gegner hätten uns nach dem Friedensangebot von 1918 unverzügliche Forderungen gestellt, daß daran schon jede Möglichkeit einer Verständigung geklopft wäre. Das ist nicht richtig. Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen gestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele mitteilt. Ich habe dies dem Reichskanzler mitgeteilt, aber die deutsche Regierung stets abgelehnt. Man versucht die deutsch-nationale Partei schon seit Wochen in einer beispiellosen Höhe, der Reichsregierung und den beiden Mehrheitsparteien die Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Unter dem Druck dieser Liegenkampagne hat Reichsminister Erzberger am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, die an sich ganz unähnlich ausfallen, und die es fast

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchsichtige Verkleidung des alten Kaiseriums hinzustellen, so erkläre ich demgegenüber: Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Es ist eine Forderung, wenn er bekannt ist, in der Republik würden die Regierungskosten nach Parteigesichtspunkten verteilt. Früher war das so. Jetzt kommt nur der an die Spitze, der sich bewährt hat und der das Vertrauen des Volkes besitzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie (nach rechts) uns immer unsere Arbeitervergangenheit vormerken. Wir sind stolz auf diese Vergangenheit und wir lachen über den Dünkel und über den Ständeshochmut, mit dem Sie über uns abzuurteilen wollen. Der Abg. Schulz hat gemeint, unsere Gegner hätten uns nach dem Friedensangebot von 1918 unverzügliche Forderungen gestellt, daß daran schon jede Möglichkeit einer Verständigung geklopft wäre. Das ist nicht richtig. Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen gestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele mitteilt. Ich habe dies dem Reichskanzler mitgeteilt, aber die deutsche Regierung stets abgelehnt. Man versucht die deutsch-nationale Partei schon seit Wochen in einer beispiellosen Höhe, der Reichsregierung und den beiden Mehrheitsparteien die Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Unter dem Druck dieser Liegenkampagne hat Reichsminister Erzberger am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, die an sich ganz unähnlich ausfallen, und die es fast

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchsichtige Verkleidung des alten Kaiseriums hinzustellen, so erkläre ich demgegenüber: Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Es ist eine Forderung, wenn er bekannt ist, in der Republik würden die Regierungskosten nach Parteigesichtspunkten verteilt. Früher war das so. Jetzt kommt nur der an die Spitze, der sich bewährt hat und der das Vertrauen des Volkes besitzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie (nach rechts) uns immer unsere Arbeitervergangenheit vormerken. Wir sind stolz auf diese Vergangenheit und wir lachen über den Dünkel und über den Ständeshochmut, mit dem Sie über uns abzuurteilen wollen. Der Abg. Schulz hat gemeint, unsere Gegner hätten uns nach dem Friedensangebot von 1918 unverzügliche Forderungen gestellt, daß daran schon jede Möglichkeit einer Verständigung geklopft wäre. Das ist nicht richtig. Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen gestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele mitteilt. Ich habe dies dem Reichskanzler mitgeteilt, aber die deutsche Regierung stets abgelehnt. Man versucht die deutsch-nationale Partei schon seit Wochen in einer beispiellosen Höhe, der Reichsregierung und den beiden Mehrheitsparteien die Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Unter dem Druck dieser Liegenkampagne hat Reichsminister Erzberger am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, die an sich ganz unähnlich ausfallen, und die es fast

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchsichtige Verkleidung des alten Kaiseriums hinzustellen, so erkläre ich demgegenüber: Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Es ist eine Forderung, wenn er bekannt ist, in der Republik würden die Regierungskosten nach Parteigesichtspunkten verteilt. Früher war das so. Jetzt kommt nur der an die Spitze, der sich bewährt hat und der das Vertrauen des Volkes besitzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie (nach rechts) uns immer unsere Arbeitervergangenheit vormerken. Wir sind stolz auf diese Vergangenheit und wir lachen über den Dünkel und über den Ständeshochmut, mit dem Sie über uns abzuurteilen wollen. Der Abg. Schulz hat gemeint, unsere Gegner hätten uns nach dem Friedensangebot von 1918 unverzügliche Forderungen gestellt, daß daran schon jede Möglichkeit einer Verständigung geklopft wäre. Das ist nicht richtig. Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen gestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele mitteilt. Ich habe dies dem Reichskanzler mitgeteilt, aber die deutsche Regierung stets abgelehnt. Man versucht die deutsch-nationale Partei schon seit Wochen in einer beispiellosen Höhe, der Reichsregierung und den beiden Mehrheitsparteien die Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Unter dem Druck dieser Liegenkampagne hat Reichsminister Erzberger am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, die an sich ganz unähnlich ausfallen, und die es fast

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchsichtige Verkleidung des alten Kaiseriums hinzustellen, so erkläre ich demgegenüber: Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Es ist eine Forderung, wenn er bekannt ist, in der Republik würden die Regierungskosten nach Parteigesichtspunkten verteilt. Früher war das so. Jetzt kommt nur der an die Spitze, der sich bewährt hat und der das Vertrauen des Volkes besitzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie (nach rechts) uns immer unsere Arbeitervergangenheit vormerken. Wir sind stolz auf diese Vergangenheit und wir lachen über den Dünkel und über den Ständeshochmut, mit dem Sie über uns abzuurteilen wollen. Der Abg. Schulz hat gemeint, unsere Gegner hätten uns nach dem Friedensangebot von 1918 unverzügliche Forderungen gestellt, daß daran schon jede Möglichkeit einer Verständigung geklopft wäre. Das ist nicht richtig. Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen gestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele mitteilt. Ich habe dies dem Reichskanzler mitgeteilt, aber die deutsche Regierung stets abgelehnt. Man versucht die deutsch-nationale Partei schon seit Wochen in einer beispiellosen Höhe, der Reichsregierung und den beiden Mehrheitsparteien die Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Unter dem Druck dieser Liegenkampagne hat Reichsminister Erzberger am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, die an sich ganz unähnlich ausfallen, und die es fast

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchsichtige Verkleidung des alten Kaiseriums hinzustellen, so erkläre ich demgegenüber: Eine Rückkehr der Monarchie ist für alle Zeiten ausgeschlossen. Es ist eine Forderung, wenn er bekannt ist, in der Republik würden die Regierungskosten nach Parteigesichtspunkten verteilt. Früher war das so. Jetzt kommt nur der an die Spitze, der sich bewährt hat und der das Vertrauen des Volkes besitzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie (nach rechts) uns immer unsere Arbeitervergangenheit vormerken. Wir sind stolz auf diese Vergangenheit und wir lachen über den Dünkel und über den Ständeshochmut, mit dem Sie über uns abzuurteilen wollen. Der Abg. Schulz hat gemeint, unsere Gegner hätten uns nach dem Friedensangebot von 1918 unverzügliche Forderungen gestellt, daß daran schon jede Möglichkeit einer Verständigung geklopft wäre. Das ist nicht richtig. Die Engländer haben allerdings weitgehende Forderungen gestellt, aber sie haben immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung erklärt, sobald Deutschland einmal seine Kriegsziele mitteilt. Ich habe dies dem Reichskanzler mitgeteilt, aber die deutsche Regierung stets abgelehnt. Man versucht die deutsch-nationale Partei schon seit Wochen in einer beispiellosen Höhe, der Reichsregierung und den beiden Mehrheitsparteien die Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Unter dem Druck dieser Liegenkampagne hat Reichsminister Erzberger am Freitag den geheimen Notenwechsel bekannt gegeben. Darauf sind inzwischen schon Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff erschienen. Gegenüber diesen beiden Erklärungen, die an sich ganz unähnlich ausfallen, und die es fast

Ministerpräsident Bauer:

Ich habe nicht, wie der Herr Abgeordnete Haake behauptet, den gesetzlichen Arbeitszwang angekündigt, sondern ausdrücklich erklärt, die Regierung denke nicht daran, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wie die Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Ich erwarte, daß Herr Haake diesen Bericht in der „Freiheit“ richtig stellt.

Der Abg. Schulz nennt den früheren Kaiser einen Friedensschalk. Ich habe dessen Person immer außer Betracht gelassen; Sie täten gut, ebenso zu handeln. Denn wenn wir uns darüber auseinandersetzen wollten, dann würde der von Ihnen so sehr geliebte deutsche Kaiser sehr schlecht abschneiden. Wir wollen aber dieses Material ruhig dem Staatsgerichtshof unterbreiten und dessen Urteil nicht vorgehen. Dann wird sich zeigen, daß auch der frühere deutsche Kaiser nicht so ganz unschuldig an dem Erbeben ist. (Zuruf des Abg. Kumm.) Herr Kumm, Sie sind immer furchtbar vorläufig. Wir wollen nicht vorgehen; beim Staatsgerichtshof wird vielleicht ein etwas ungünstigeres Urteil herauskommen, als Sie erwarten. Nachvollern kann man sich wirklich nicht ausdrücken. — Die Ausführungen des Herrn von Gräfe sind durch den Verlauf der Debatte schon in das rechte Licht gerückt. Wenn er die Absicht gehabt hat, das Signal zu einer feigen Opposition zu geben, so hat er sich in schnellem Tempo totgeköpft. Er sprach von einer schwebenden republikanischen Mehrheit in diesem Hause. Wenn er damit beabsichtigt hat, unsere Republik lediglich als eine durchs

Antwort erfolgte erst am 24. September; das sind nahezu vier Wochen. (Die Ausführungen des Ministers werden auf der rechten Seite ständig durch Jurist unterbrochen.) Die paar Tage ändern am Kern der Sache gar nichts. (Schöbste Zustimmung links.) Sie (zu der Rechten) versuchen jetzt noch eine Verschiebung des Streitpunktes wegen Ihres schlechten Gewissens. (Große Lärm rechts, andauernder Beifall links.) Von Ihnen ist jeder Gedanke eines Verständigungs-friedens systematisch bekämpft worden. Wegen alle Personen, die sich in den Dienst des Verständigungs-friedens gestellt haben, arbeiteten Sie in einer Art und Weise, die in der politischen Geschichte der letzten hundert Jahre unerhört ist. (Widerpruch rechts, lebhafter Beifall links.) Was enthielt nun die Antwort über Belgien? Angeblich wollte man nicht in der Lage sein, darüber eine Erklärung zu geben. Diese Erklärung ist aber niemals gegeben worden; das steht aktenmäßig fest. Damit (schlechte auch der Forderung der angebotenen Friedensabgabe. Der Rückgang ging weiter. (Schöbste Bewegung.) In Deutschland hat man dann sofort zu modieren versucht gegen die Friedensbewegung mit dem Hinweis: Was ist haben wir den Frieden angeht! Die Gegner aber haben nicht einmal die Friedensnote des Papstes beantwortet! So helfen Sie gegen die Friedens-idee. Warum aber hatte das Ausland nicht auf die Papstnote geantwortet? Weil keine Zwischenfrage unbefriedigt erledigt worden war. (Große Lärm rechts, Schöbste Zustimmung bei der Mehrheit.) Die offizielle Papstnote war selbstverständlich erst ergangen nach vorheriger Fühlungsabgabe mit den beiden Mächten, und zwar als die Friedensresolution des Reichstages bereits vorlag. Diese hat Ihre volle Wirkung getan. Sie hat nicht zum Ziele geführt wegen der Stellung der Obersten Heeresleitung, der Regierung, der Vaterlandspartei und der Parteien der Rechten. (Lebhafter Beifall links.) Könnte es für den Staatsmann an der Spitze Deutschlands irgend eine günstiger diplomatische Situation geben, als die zu Ende August? Eine neutrale Macht legte ohne Zwischenträger, ohne mündliche Vermittlung eine schriftliche Forderung vor (der Abg. Traub mit Kriegsluft), die sich deckte mit der offiziellen Stellungnahme der Regierung, der Parlamentarität und der ungetrübten Mehrheit des deutschen Volkes. Die Regierung hatte sich nach außen festgelegt im Sinne der Antwort. Diese große Chance wurde nicht ausgenutzt. Wer trägt Schuld an diesem vollständigen Fiasko aller Friedensarbeit? Graf Westarp namens der Konfessionen, die rechtsstehende Presse und die rechtsstehenden Parteien sowie die Vaterlandspartei. (Andauernde große Lärm rechts, lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Mein Angriff bleibt bestehen, ich nehme kein Wort davon zurück. Die Instanzen, die an der unmöglichen Antwort mitgewirkt haben, trifft ein ungeheures Verbrechen. (Laudenbergr telegraphierte am 20. Oktober 1917 an Helfferich, daß hinsichtlich Belgiens vollendete Entschlüsse geschaffen werden sollten. Man müste Belgien noch viel Schlimmeres zu, als nur eine Annexion. Damit wäre für Belgien mit Recht die Vertreibung im Reichstage und der Verwaltung verbunden gewesen. Dies aber wollte man Belgien nicht einmal zugeben. Helfferich antwortete damals Ludenbergr, daß er keine Zustimmung über die rechtliche Schätzung von notwendigen Entschlüssen hinsichtlich Belgiens teile. Nun erzählt Helfferich dennoch in der heutigen 'Kriegszeitung' von einem Kontrat in der gleichen Zeit, der die bedingungslose Wiederherstellung der Souveränität Belgiens beschloß hätte. Jeder hat damals etwas anderes gesagt. Eine konservative Regierung wie die vom September 1917 ist eben gar nicht denkbar. (Andauernde Lärm rechts, große Bewegung bei der Mehrheit.) Hier steht man vor unläßbaren Widersprüchen. (Schöbste Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir wurden damals fast füllig gebeten, auf unserm Verlangen nach einer Erklärung über Belgien nicht zu verharren; denn es würde auf andere Weise eine befriedigende Erklärung über Belgien an die Entente gelangen. Diese Erklärung aber konnte der Reichskanzler nicht wagen, dem deutschen Volke mitzuteilen, (sonst wäre er fortgesetzt worden, und das Volk hätte schon damals die Fägel selbst in die Hand genommen. Wir sind damals vom Reichskanzler Michaelis bemerkt irreführend worden. Hätte uns eine solche Erklärung dem Frieden nähergebracht? Es war ein offenkundiger Jodelpaß zwischen den Erklärungen und dem Inhalt einiger Zeit lediglich eine allgemeine Antwort erteilt; das bedeutete eine absichtliche Verbergung. Der Beschluß des Kronrats konnte nicht mitgeteilt werden; denn er wäre als eine Brückensicherung des Vermittlers aufgeführt worden. Ist denn überhaupt dieser Kronratsbeschluß in irgend einer Form zur Kenntnis der Regierung gelangt? Das ist der Kernpunkt. Statt den diplomatischen Weg zu gehen, wollte man den Seitenweg eines neutralen Diplomaten gehen. Können sich die Herren ein Bild davon machen, wie die Ablehnung der Antwort, die schriftlich erbeten war, nicht nur auf den Vermittler, sondern auch auf Frankreich und England wirken mußte? Warum ist der heilige Stuhl ausgeschaltet worden? Darauf gibt heute Herr Michaelis eine mehr als befremdende Antwort, die die Unfähigkeit dieses Mannes zur Leistung der Geschäfte zeigt. In der Öffentlichkeit hat Michaelis der Papstnote zugestimmt, unter der Hand erklärt er jetzt: Der heilige Stuhl bot nicht die Sicherheit unbedingter Vertrauenshaft. Das ist eine schwere Anklage eines politischen Stumpers gegen die beste Diplomatie der Welt. (Große Lärm.) Ohne eine Spur von Bewußt daß dieser Herr heute einen solchen Satz in der Öffentlichkeit zu verkünden, und sagt: Damit eine Anklage an der Stelle zu, die sich als Vermittler zu unseren Ohren angeboten hat. Er selbst gesteht, daß die Versprechungen im Kronrat nicht beobachtet geblieben sind; denn er behauptet sich

über Unvollkommenheiten. Könnte danach noch irgend ein neutraler Vermittler sich aufstellen? Michodas sagt, ich sei vor ihm von dem Schreiben des Papstes unterrichtet gewesen. Wort und Inhalt des Schreibens habe ich nicht gekannt, sondern nur die Tatsache, daß ein höchst wichtiger Brief in der Friedenssache gekommen sei. Man hat mich ja geradezu ausgefaltet. Erzberger sollte ja gar nichts wissen. (Sehr gut!) Der frühere Reichskanzler erklärt ja heute, daß Erzberger nichts wissen durfte. Die Antwort auf das Schreiben kannte ich auch nicht. Der Kronrat hat mir den Inhalt nicht gesagt. Außerdem war ich an das Ehrenwort gebunden, das mir der Kronrat und der Reichskanzler gemeinsam abgenommen hatten. Ich habe dieses Ehrenwort gehalten. Die 'Hamburger Nachrichten' haben ein angebliches Schreiben des Grafen Czernin veröffentlicht, in dem es heißt, er habe mich zur Rechenhaftigkeit nach Wien zitiert. Ich stelle fest: Ich bin nicht nach Wien zitiert worden, und ich hätte auch einem solchen Rufe gar nicht Folge geleistet. Die Aussprache, die ich mit dem Grafen Czernin darüber gehabt habe, fand im September 1917 in Berlin statt. Ich erinnere mich dessen ganz genau und ich erinnere mich sogar noch der Einzelheiten, wie z. B., daß der Abg. Graf hinter meinem Automobil hergesprungen ist. (Stürmische, langandauernde Heiterkeit.) Ich protestiere gegen die Behauptung des Herrn Schulz, daß ich eine höchst einseitige Darstellung gegeben habe. Ich habe ob-jektiv an der Hand von Tatsachen die Aktionen im Zusammenhang behandelt, und ich lasse meine Volkspartei als Nachfolgerin der Konfessionen, der deutschen Reichspartei, der Vaterlandspartei (Widerpruch und Jurist rechts): Wie kommen Sie zu einer derartigen Behauptung? Wir sind eine vollkommen neue Partei Heiterkeit und Gelächter.) In Ihren Reihen (nach rechts) sitzen doch die Herren von Graf, Schiele, Köhler, Dietrich und viele andere, die ich momentan nicht sehe. (Sehr richtig!) Ich sage: Die Deutsch-Nationalen sind es gewesen, die während des Krieges systematisch den Gedanken des Verständigungs-friedens mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bekämpft haben. Sie haben alle diejenigen, die für einen solchen Frieden eingetreten sind, in der unerhörtesten Weise beschimpft und beleidigt, indem Sie ihnen sogar die Vaterlandsliebe abgepredigt haben. Allerdings, diese Partei wäre nicht so mächtig gewesen — denn sie war immer eine Minderheit —, wenn nicht die Heeresleitung immer mit dieser Partei marschiert wäre, und wenn nicht die politische Leitung von einer geradezu unsagbaren Schwäche befallen gewesen wäre. (Ich kann Ihnen nur raten: Führen Sie diesen Kampf nicht weiter! Wir von der Regierung stehen auf dem Planeten Unser Material ist unerschöpflich groß. (Jurist rechts: Unerschöpflich!) Und wenn Sie diesen Kampf mit einzelnen Aktionen weiterführen wollen, so werden Sie die Regierung zwingen, auf jede Einzelaktion mit noch größerer Schärfe vorzugehen. Sie wollen den Kampf (Jurist rechts: Ja.) Dann sollen Sie ihn haben. Aber dann mögen Sie sich auch nicht beschweren, wenn es Ihnen recht scheint, daß geht. Die Regierung wird das ganze Material veröffentlicht. Nächste Woche schon kommt die Denkschrift über die Vorgänge heraus, die zum Waffenstillstand geführt haben. Die Angriffe, die gegen mich persönlich gerichtet worden sind, sind vollkommen in sich zusammengesallen. Im übrigen stelle ich fest: Sie auf der Rechten sind die allein Schuldigen am Unglück unseres Vaterlandes. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien, Widerspruch und Lärm rechts.)

Eine Erklärung des Staatssekretärs v. Kühlmann.

WTB. Berlin, 28. Juli. Die B. Z. schreibt: Auf eine Anfrage bei dem Kühlmann, ob er zu den Äußerungen Ludenbergrs seinerseits Stellung nehmen wolle, antwortete er mit folgender Erklärung: „Das verantwortliche Reichsministerium ist meiner Ansicht nach, um zu befinden, was über diese diplomatischen Vorgänge in der nächsten Zeit veröffentlicht werden kann. Ich persönlich habe mich zu Publikationen über vertrauliche Vorgänge während meiner Amtszeit ohne Ermächtigung des auswärtigen Ministeriums nicht für befugt und möchte auch deren Nutzen für unsere Gesamtpolitik bezweifeln. Eine wirkliche Erklärung wird wohl nur möglich sein durch ein Gerichtsverfahren, wie das vor dem Staatsgerichtshof geplant, bei welchem an Hand des gesamten Aktenmaterials die politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang geprüft werden können.“

Fransjöfische Stimmen.

WTB. Verailles, 27. Juli. Petit Journal sagt: Dr. Erzbergers Baudeskrei ist jetzt beurteilt. Wir können ihnen aber keinen Erzbergers brauchen, um über die schiedliche Lage in Desterreich unterrichtet zu werden. Dieses Geschäft haben die Desterreicher selbst gründlich besorgt. Sie liehen auf allen Dächern in Jülich und Bern es aus, was jetzt die Hamburger Nachrichten Erzberger zum Vorwurf machen. — Marcel Sembat schreibt in der Zeitung 'heute': Bemerkenswert man in Deutschland ein heftiges Wiederaufleben des militärischen und alldemütigen Geistes. Das ist nicht verwunderlich. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß dies das notwendige Ergebnis des Vertrages von Versailles sein müsse. Die Rede Erzbergers ist nur der Anfang einer Reihe von Enthüllungen. Verfolgen wir mit Aufmerksamkeit diese Agitation, denn es hängt von uns ab, ob Deutschland nach der Seite der Imperialisten oder nach der Seite der Demokraten orientiert wird. Von seiner Orientierung hängt die Zukunft Europas ab.

Eine Erklärung Ribots.

Verailles, 28. Juli. Der frühere französische Ministerpräsident Ribot erklärte einem Vertreter des 'Temps' über die Enthüllungen des Reichsministers Erzberger: Es ist richtig, daß die französische und englische Regierung sich darin geeinigt haben, auf die päpstliche Note nicht zu antworten, bevor Deutschland habe nicht lassen, welche Entscheidungen und Garantien es zu bemilligen bereit sei. Der englische Botschafter beim heiligen Stuhl wurde ersucht, die Gelegenheit zu ergreifen, um Kardinal Caspari auseinanderzusetzen, daß keine ernstlichen Schritte unternommen werden könnten, solange die Mittelstaaten nicht ihre Absichten, namentlich was Belgien betrifft, zu erkennen gegeben hätten. Als die französische Regierung die dem englischen Botschafter erteilten Instruktionen erhielt, drückte sie den Wunsch aus, daß dieser Diplomat ebenfalls beauftragt werde, Frankreich durch eine Verbalnote in die Antwort der großbritannischen Regierung anzuschließen. Der englische Botschafter hat den Auftrag übernommen, Kardinal Caspari im Verhältnis dieser Unterredung, die nur als rein offiziell angesehen werden konnte, eine Note zu hinterlassen. Kardinal Caspari hätte sich bereitigt, dem Kronrat in München die Depesche zu übermitteln, die loben veröffentlicht wurde. Nach den von der französischen Regierung der englischen Regierung ausgeprägten Ansichten konnte es gefährlich sein, uns in eine etwas verfrühte Diskussion einzulassen. Deshalb hat die englische Regierung ihrem Botschafter beim heiligen Stuhl entsprechende Instruktionen. Darauf allein ist die Angelegenheit zurückzuführen. Was man besonders hervorheben muß, ist, daß, als Deutschland vom Diktator erjucht wurde, sich ohne Hinterhalt über seine Absichten auszusprechen, es sich geweigert hat, dies zu tun. Es ist klar, daß im August und im September 1917 Deutschland keineswegs bereit war, uns in Eilab-Verhandlungen zurückzugeben, noch Belgien in seiner vollständigen Unabhängigkeit wiederherzustellen.“

Desterreich.

Der Sturz des Wiener Außenministers. Wien, 27. Juli. Der Rücktritt Baerers von der Leitung der auswärtigen Politik wird von der bürgerlichen Presse befriedigt aufgenommen. Die Wähler drücken die Ansicht aus, daß seine Demission die Entspannung einer schweren Krise bedeute. Die 'Neue Freie Presse' schreibt: Baerer hätte nicht über die Angelegenheit, die er selbst nach der Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages zurückstellen mußte. Er fällt, weil die Verhandlungsfähigkeit Deutsch-Desterreichs durch ihn litt, da sie in Paris keine verlässliche Art nicht mochten. Das 'Neue Wiener Tagblatt' erklärt: Die Öffentlichkeit Deutsch-Desterreichs fand nicht hinter der schlammigen Politik Baerers, eine geschmeidigere Hand als seine fu. Der 'Neue Tag' führt aus: Baerer brach unter der Last der schweren Fehler zusammen, die er in fast ununterbrochener Folge begangen hat. Baerers Schicksal sei das Schicksal eines eigenartigen Ideologen.

Beträchtliche Zugeständnisse an Desterreich?

II. Jülich, 28. Juli. Aus guter Quelle wird berichtet, daß die dem Desterreichern zur Annahme des Friedensvertrages eingeräumte Frist verlängert wird, und daß Desterreich beträchtliche Zugeständnisse gemacht werden sollen.

Italien.

Vertrauensvotum für Nitti. II. Lugano, 28. Juli. Im Senat hielt Nitti eine Rede, die auf die Lage interessante Schlaglichter warf. Er erklärte u. a.: Die Engländer haben uns die Kredite getündigt, auch die amerikanischen Kredite verfallen. Dazu kommt, daß die amerikanische Regierung auch Praxidatente an Italien verleiht, solange die politische Lage nicht geklärt ist. — Der Senat, der Nitti anfangs nicht allzu freundlich gegenübergefunden hat, erteilte ihm daraufhin ein einstimmiges Vertrauensvotum.

Deutsches Reich.

Das freierwerbende Festungsgelände.

Im ersten Ansatze der Nationalversammlung nach man der Ansicht, daß das freierwerbende Festungsgelände auf keinen Fall in die Hände von Spekulant fallen dürfe. Es müssen geschleift werden die Festungen Köln, Mainz, Straßburg, rechts Ufer Rhl., Friedriehshort, Helgoland, Wermelsheim, Koblenz, Wesel, ferner im Abflimmungsgebiete die Feste Wöden in Löben und Wartburg.

Befehlen bleiben die Befestigungen von Borkum, Bresten, Küstern, Königshagen, Spandau, Ulm, Garbanen, Geseffünde, Wilhelmshaven, Ostfl., Glogau, Angolstadt, Semtende, Königstein, Reife. Daraufhin wurden die Beratungen abgebrochen.

Uebergang der Kieler Reichswerft in Zivilverwaltung.

In anständiger Stelle verläutet: Entsprechend dem Beschlusse des Haushaltungsausschusses der Nationalversammlung vom 30. 4. d. J. geben die Reichswerft Kiel und die Lohporewerft Wilhelmshaven demnach in die Reichszivilverwaltung über. Ein Teil der Werft Kiel wird als Arsenal unter Verwaltung der Marine eingerichtet. Die Hauptwerft Wilhelmshaven bleibt unter Verwaltung der Marine. Ob die der Reichszivilverwaltung zu übergebende Teile als gewerbliche reichseigene Betriebe weitergeführt werden, wird künftiger Prüfung nach vorbehalten bleiben müssen.

Reichsvermögensabgabe oder Zwangsanleihe?

Die 'Königliche Zeitung' hat vor einigen Tagen die Mitteilung gemacht, daß die Reichsregierung sich mit der Abfertigung, anstelle des sogenannten Reichsnotopfers, d. h. der Reichsvermögensabgabe zu einer Zwangsanleihe zu stellen, die in Höhe von 200 Millionen mit 2% Verzinsung umgelegt werden sollte. Diese Mitteilung ist durch eine Reihe von Wählern gegangen. Sie beruht jedoch auf glatter Erfindung. Wie wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, ist an der Mitteilung der 'Königlichen Zeitung' nicht ein wahres Wort. Die Reichsregierung denkt nicht daran, den Weg einer Zwangsanleihe zu beschreiten.

Zur Heimkehr der Gefangenen.

Koblenz, 28. Juli. Der kommandierende General des amerikanischen Besatzungsheeres hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ein Schreiben gerichtet, worin er die demnachst erfolgende Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen in sichere Aussicht stellt und bereits mitteilt, daß der Empfang der Kriegsgefangenen in der amerikanischen Besatzungszone sich auf den Familienempfang zu beschränken habe. Offizielle Empfänge, öffentliche Verammlungen oder politische Aufstellungen der Gefangenen seien im besetzten Gebiet nicht gestattet.

Neue Treibereien gegen das Schulkompromiß.

Das nach schwierigen Verhandlungen endlich zustandgekommene Schulkompromiß, das in der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage angenommen worden ist, ist neuerdings wieder einmal für gewisse sozialdemokratische und demokratische Kreise ein Stein des Anstoßes. Es sind neue Wählerstimmen im Gange, um die Veränderte in der letzten Stunde zu zerstören. Wie wir hören, haben die preussischen Minister Hirsch und Hänsch in einer in diesen Tagen stattgehabten Sitzung des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung ganz offen mit ihrem Rücktritt gedroht für den Fall, daß das Schulkompromiß nicht in ihrem Sinne geändert werde. Sie haben dabei Unterstützung gefunden durch einige siddensüde Minister. Auch die Demokraten machen wiederholt wohl gegen die in der zweiten Lesung getroffenen Abmachungen auf dem Gebiete der Schule. Es bedarf nicht der Erwähnung, daß das Zentrum, welches der Sozialdemokratie weit entgegengekommen ist, in allen praktischen Fragen eine nachgiebige Haltung nicht mehr zeigen kann und wird, selbst wenn die Minister Hirsch und Hänsch glücken, eine Änderung in der Haltung des Zentrums durch ihren Rücktritt erzwingen zu können. Sie dürfen sich damit einer schweren Aufgabe hingeben. Wenn — wie verlautet — es den Demokraten lediglich darauf ankommt, zu erreichen, daß Disziplinärunterricht in konfessionellen während des Religionsunterrichtes ein eigener besonderer Unterricht zugestanden werden soll, so dürfte diese Forderung seiner Schwierigkeit begegnen, da sie eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Die Forderung bedingt sich da auf der Linie der getroffenen Abmachungen. Wir haben aber allen Grund anzunehmen, daß die Demokraten diese Forderung lediglich als Vorwand benutzen, um auf neue Schwierigkeiten zu machen und alle Mittel zu versuchen, ihre eigenen Schulideale, das heißt, die Simultanschule, zu verwirklichen. Wie die Dinge auch liegen mögen, jedenfalls haben wir von unserm Standpunkt aus allen Anlaß, auf der Hut zu sein, denn daß ernste Bestrebungen vorhanden sind, die Simultanschule durchzuführen, zeigt folgende W.B.-Mitteilung:

Der deutsche Gesandte beim Vatikan.

WTB. Berlin, 29. Juli. (Draht.) Wie der Post. Ztg. aus Rom berichtet wird, erwartet man dort als deutschen Gesandten Herrn von Bergmann, der dann in der Villa Falconieri seine Wohnung nehmen wird.

Ende des Berliner Telegraphenarbeiterstreits.

WTB. Berlin, 29. Juli. (Draht.) Der Berliner Telegraphenarbeiterstreit kann als beendet angesehen werden. Die am 22. entlassenen Arbeiter werden wiederum eingestellt. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Zum Streit in Steffin.

WTB. Berlin, 29. Juli. (Draht.) Der Schieds-spruch im Steffiner Streit wurde von den Arbeitern noch nicht endgültig angenommen.

Zur neuen Erzbergerrede.

WTB. Berlin, 29. Juli. (Draht.) Zu den neuen Enthüllungen in Weimar sagt die 'Volkszeitung': Die Regierung geht mit den Ausführungen der Kriegsgefangenen ins Gericht, die ihre Erklärungen, Entschuldigungen und Anworten bereits zu einer Literatur haben anstellen lassen. Es wurde Herrn Erzberger ein Verdict, auf den Boden von neuen Tatsachen keine Angriffe zu verfechten. Der 'Vorwärts' sagt: Die Verhandlungen gehen weiter. Die Regierung hat angekündigt, das ganze Material zu veröffentlichen. In der nächsten Zeit würden die Äußerungen durch Druck bekannt gegeben werden, die sich auf die Vorgeschichte des Waffenstillstandes beziehen, das man würde die übrigen Materialien folgen.

Helferlich hofft.

M.B. Berlin, 29. Juli. (Drabik.) Staatssekre-
tär Helferlich bleibt in der Kreuzg. dabei, seiner
Bürokratie Ausdruck zu geben, daß die Wahrheit
nachher und um Herrn Erzberger ihren Ring
vermiedigt.

Aus dem Oldenburg. Münsterlande
Wehla, 30. Juli.

— In der Klosterkirche fällt am nächsten Son-
ntag, 3. August, die 7 Uhr-Messe aus.
— Der hiesige Turnverein wird heute abend
zum ersten Male wieder in seiner Turnhalle, die
zeitweilig dem Militär belegt war, Übungen ab-
halten. Bisher war ihm die Turnhalle des Gym-
nasiums zur Verfügung gestellt.

Zur Dampferfahrt nach Bremerhaven.

Wie aus der Bekanntmachung in Nr. 167 der
Oldenburgischen Volkszeitung ersichtlich, ist die
Dampferfahrt des Vereins bedingter Kriegs-
teilnehmer und Kriegshinterbliebenen wegen
unangünstiger Wasserstände auf den 31. Aug.
b. Is. verschoben. Die Bergungsfahrt ist am
Sonntag (für die Katholiken ist schon am
29. d. M. eine Messe im Josefsonnt. wo sie ihrer
Sonntagspflicht genügen können), und zwar so
angelegt, daß alle Teilnehmer morgens den
Frühzug über Delmenhorst und abends den Spät-
zug benutzen können. Es braucht daher niemand
in Oldenburg übernachtet. Die Abfahrt der
Dampfer erfolgt vom Stau (Brandis hellen)
morgens 8,15 Uhr. Es ist Vorzuge getroffen,
daß zum Eintreffen eines jeden Frühzuges genü-
gend früher sein werden, um die Teilnehmer auf
dem kürzesten Wege zur Abfahrtsstelle zu geleiten.
Es ist wünschenswert, daß die Anmeldungen so-
fort gemacht werden, spätestens bis zum 31.
Juli, damit für genügend Dampfer gesorgt wer-
den kann. Der Verein Oldenburg hat für die
Fahrt drei Dampfer gemietet, 2 weitere stehen
ihm noch zur Verfügung. Somit ist jedem Ver-
bandsmitglied und deren Freunden die Gelegen-
heit gegeben, zum billigen Preise von 4 M. bezu-
gen, an der Fahrt teilzunehmen. In Bremer-
haven haben alle Teilnehmer freie Befristung
der gesamten Werftanlagen, eines neuen 9000 Z.
Lampfabriks, mehrerer Unternehmungen und des
Marine-Schiffbau-Großwerkes Elisabeth. —
Auch ist eine kostenlose Wagenfahrt für Ein-
schichtige in Aussicht genommen, desgleichen Wil-
lingschaftlich zu ermäßigten Preisen. — Ein
Kaufvertrag wird zu Unterstützungs-zwecken ver-
handelt.

Galzheringe im freien Handel.

Vom 1. August d. J. an wird die Reichsfinanzveror-
dung d. m. b. S. die von ihr eingeführten Galzheringe
nach dem freien Handel abgeben. Die Galzheringe
werden dann nicht mehr an die Bezirkszentralen
in weiteren Verteilung geliefert, sondern teilweise
an einflussreiche Zentralstellen durch Vermittlung
von Importeuren dem Großhandel auf Bestellung

Amisvorstand. Wehla, den 27. Juli 1919.
Die vom Amtrat am Sonnabend, dem 9. Aug.
d. J. vorzunehmende Wahl von 4 Mitgliedern
des Amisvorstandes hat nach den Grundbesitz-
Verhältnissen zu erfolgen. Wahlvorschl. sind
bis zum 8. August, nachmittags 6 Uhr beim Amis-
vorstande einzureichen. Den Wahlvorschl. sind
die Erklärungen der Bewerber über ihre Zu-
stimmung zur Annahme der Wahl beizufügen.
Bei jeder Wahl darf ein Bewerber nur einmal
vorgeschlagen werden. Ist nur eine gültige Vor-
schlagliste eingereicht, so gelten die darauf Ge-
nannten als gewählt.
gez. Rückens.

Amisvorstand. Wehla, den 25. Juli 1919.
Nachstehende Bekanntmachung der Reichs-
beteiligungsstelle vom 19. d. Mts. wird hiermit
zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Die Reichsbeteiligungsstelle weist erneut darauf
hin, daß zu den versorgungsberechtigten Personen
die Anspruch auf Gewährung eines Berechtigungs-
scheines (Bezugs-scheines) haben, alle wirtschaftlich
Schwachen, ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung,
gehören; hierunter gehören keineswegs nur An-
gehörige aus Arbeiterkreisen, sondern insbesondere
auch Beamte, Privatangestellte und selbständige
Personen des Mittelstandes; besonders berück-
sichtigt sollen Kriegsbeschädigte und Kriegshinter-
bliebene sowie hinferrliche Familien werden.
Rückens.

Eier-Ausgabe

(1 Ei pro Person) in den Verkaufsstellen von
Schäfers und Schöps am Mittwoch, dem 30. Juli.
Wehla, den 28. Juli 1919.
Stadtmagistrat.

Immobil-Verkauf.

Die hiesige Besitzung bei Wehla an der
Dieboldsgr. Chaussee, groß: 96 a 21 qm, mit neuen
Gebäuden soll am Freitag, dem 1. Aug. nachm.
6 1/2 Uhr in der Wirtschaft von Jos. Wurber bei
Wehla zum letzten Male zum Verkauf aufgesetzt
werden.
Wehla, 28. Juli 1919.
Herrn. Bröring, amtl. Aukt.

Empfehle zur Herbstbestellung:

Spörgelhamen. Joh. Albers.
Bestirup. Joh. Albers.

la Gelblupinen

ohne Zusatzstoffe hat abzugeben.
D. Schröder.

übergeben. Dieser ist in der Lage, die Ware unter
Preisbindung frei innerhalb Deutschlands abzu-
geben. Für alle anderen Fischwaren bleiben die
bisherigen Bestimmungen in Geltung.

Cloppenburg, 27. Juli. Dem Amtsvorstande
find von der Deutschen Wohlfahrtsstelle Berlin
400 G u m i s a u g e r für Säuglinge zugeandt.
Die Verteilung an die Gemeindevorstände ist
vorgenommen. Minderbemittelte Mütter wollen
sich beim Gemeindevorsteher melden.

Estrup, 28. Juli. Vom 31. Juli ab kommen
Reisensorten zum Verkauf bei den Kaufleuten
Kritzer und Weyerhausen.

Offen, 28. Juli. Am Samstag fand hier die
Feier des 28. Jg. Gebetes statt. Diefelbe
verlieh in würdiger Weise, der Besuch der An-
wäscher und der Sackmantei-Emplung war ein
reges. — Der gestrige Sonntag brachte das Kin-
derfest, sowie ein Preisfchießen bei Kra-
mer. Das Wetter war schön und der kalte
Regen vertrieb die vielen das Fest. Um 3.30 Uhr
begann der Ausmarsch, voran die Offener Kapelle,
verführt durch Quakenbrüder Herren, die in ban-
tenwertiger Weise die Konzertmusik übernahmen.
Eine bessere Beteiligung der Schützenbrüder wäre
erwünscht gewesen. Die Kinder hatten sich in
einer großen Zahl dem Zuge angeschlossen und
begann alsbald das Preisfchießen. Die Kinder-
Königswürde errang Heinrich Lübke. Das Preis-
fchießen nach Adler und Scheibe hatte viel Publi-
kum angezogen. Das aufgeteilte Karussell und
die Wuden machten gute Geschäfte.

Friesoph, 28. Juli. Dieser Tage ist an den
hochgelegenen Stellen mit dem Mähen des Rogens
begonnen. Zum größten Teil ist er aber
noch gar nicht reif. Die meisten Teile liegen auch
noch mit der Feuernte fest und können wegen des
schlechten Wetters gar nicht damit aus der Stelle
kommen. — Am Mittwoch ist in unserer Gemeinde
die Feier des 28. Jg. Gebetes.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 30. Juli.

Der hiesige Gewerbe- und Handelsverein
beschäftigte sich heute mit der Bildung einer Ar-
beitsgemeinschaft zur unergänzlichen Aufnahme
von Tarifverhandlungen mit den kaufmännischen
Angestellten und zur Vorbereitung gemeinsamer
Abwehr aller handelsfeindlichen Bestrebungen.
Die selbständigen Geschäftsleute aus Stadt und
Amt Oldenburg wurden hierfür in 5 Fachgruppen
mit je 2 Vertretern eingeteilt und zwar Gruppe 1:
alle Legit- und Befristungs-
warenhändler; Gruppe 2: alle Zigarren- und
Tabakhändler; Gruppe 3: alle Lebensmittelhän-
dler; Gruppe 4: alle Haushaltswaren-, Eisen- und
Porzellanwarenhändler; Gruppe 5: alle Händler
in Bijouterie-, Leder-, Luxus-, Papier- und
Schreibwaren.

Seine 85jährige Großtante fabrikantiger Weise
erschaffen hat der Hausfrau U. Th. aus N. nach

seinen Angaben schlug er am 18. Mai mit einem
geladenen Jagdgewehr nach dem Hunde seines
Vaters, der auf der Diele Milch nachste. Dabei
sei der Schuß losgegangen und die Schrotkörner
seien der am Herdfeuer stehenden Großtante in den
Kopf gedrungen. Der Angeklagte hat zunächst
andere ausgesagt. Nach den Zeugnisaussagen
erschien seine Darstellung wenig glaubwürdig. Al-
gemeines Vergehen hat der erst 15jährige Bür-
ger dadurch erregt, daß er am Begräbnistage der
Getöteten pfeifend und singend durch das Dorf
ging. Auch während der Verhandlung zeigt er
wenig Reue. Das kam erwartete Urteil bringt
ihn allerdings zum Weinen. Es lautete bei soforti-
gem Strafantritt und Ausschluss von Strafaufla-
ge auf 6 Monate Gefängnis.

Ein Einbruch in das Pfarrhaus zu Damme
wurde dem Arbeiter Jos. Dedy aus Köln zur
Last gelegt. Als einziges Beweismittel kommt ein
Brief des Angeklagten in Frage, den er an einen
Freund geschrieben hat. In diesem Brief spricht
er von allerhand Sachen, die er bei Nacht mit
nach Hause bringen will. Auch finden sich darin
sehr verdächtige Äußerungen über den Pastor in
Damme. Der Angeklagte bestritt seine Schuld
und will lediglich den Brief geschrieben haben, um
zu prahlen. Die Strafammer trägt Bedenken,
nur auf Grund dieses Schreibens eine Verurteil-
ung vorzunehmen und kommt zu einem Frei-
spruch.

Ob die Stadt Oldenburg als Feuer Ort zu
betrachten sei, oder nicht, diese Frage ist sowohl
von der Regierung sowohl als auch von der Lan-
desverwaltung verneint worden. Die hiesige
Dperpostdirektion vertritt aber einen anderen
Standpunkt und hat sich mit der Reichsregierung
in Verbindung gesetzt, um unsere Stadt als se-
ren Ort anerkannt zu sehen.

Delmenhorst, 30. Juli.

Vorläufig kein Generalfest. In einer Ver-
sammlung der Arbeiter- und Angestelltenaus-
schüsse, die gestern vormittag im Oldenburger
Hof stattfand, wurde durch eine Resolution be-
schlossen, die Angelegenheit nochmals an den Ar-
beitersauschuss und dann an den Schlichtungsaus-
schuss zurückzuverweisen.

Schadenfeuer. In der Reparatur-Werkstatt
von Kahn-Bremerstraße kam gestern morgen ein
Schadenfeuer aus, das aber, nachdem die Haus-
bewohner von Vorübergehenden geweckt waren,
rasch gelöscht werden konnte.

Gefangenentafel. Am Sonabend sind u.
a. die Gänge zweier hiesiger Gefangenener nach
fünfjähriger Gefangenenshaft in Aufstrafen nach
hier zurückgeführt. Andere Delmenhorster Ge-
fangene werden mit dem nächsten Transport er-
wartet.

Vermischtes.

Ein Fliegerunfall in Swinmünde.
M.B. Berlin, 29. Juli. (Drabik.) Am Strande
von Swinmünde ereignete sich gestern ein schwe-

res Fliegerunglück, bei dem ein Berliner Zahn-
arzt und seine Gattin, die sich auf dem Flugzeug
befanden, zu schwerem Schaden kamen.

Letzte Nachrichten

Die Alliierten fordern für 1919-20
85 Milliarden.

TU. Paris, 29. Juli. (Drabik.) Reuter
meldet aus Paris, daß die Alliierten die erste fi-
nanzielle Anforderung für 1919-20 auf 85 Milliar-
den festgelegt hätten.

Auch in Frankreich Enthüllungen?

TU. Paris, 29. Juli. (Drabik.) Barthou, der
Generaldirektor des Friedensanschlusses
der Kammer genehmigt in seinem Bericht interessante
Enthüllungen über die Haltung Clemenceaus in
der Frage der rheinischen Grenze zu machen. Die
Gegner Clemenceaus beschuldigen, aus Furcht der
Diskussion dieses Berichtes neuerdings Sturm ge-
gen das Kabinett Clemenceau zu laufen. Die Dru-
ffik wird in diesem Falle geteilt von den natio-
nalfreundlichen Kammermitgliedern.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

TU. Amsterdam, 29. Juli. (Drabik.) Aus
London wird vom 28. Juli gemeldet: Samworth
hat im Unterhaus mitgeteilt, daß der Handel mit
Deutschland unter den in der Erklärung vom 15.
Juli festgestellten Bedingungen erlaubt sei, mit der
Ausnahme der konfiszialischen Beziehungen. Zwi-
schen Großbritannien und Deutschland wird auch
die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehun-
gen erfolgen, was nach der Ratifikation des Fried-
ensvertrages durch Deutschland und drei der
alliierten und assoziierten Mächte der Fall sein
wird.

Wie sie sich mindern und drehen.

TL. Berlin, 29. Juli. (Drabik.) Zu den ge-
stirten Erklärungen in der Sitzung der Natio-
nalsammlung geht der B. J. von Seiten des
Generals Ludendorff eine Erwiderung zu, in der
es heißt: Der Beschluß zum U-Bootkrieg wurde
am 9. Januar 1917 in Anwesenheit des Reichs-
kanzlers und mit dessen Zustimmung zustande ge-
bracht. Im Kontrat vom 11. September 1917
haben England und Schweden bezüglich
ihren militärischen Anstößen das vorgebracht,
was sie zum Besten des deutschen Volkswirt-
schafts zum Weltkrieg für notwendig gehalten.
Die Entschädigung des Kaisers hat der ehemalige
Reichsfinanzminister in seiner Erklärung vom
27. Juli veröffentlicht. Die Entschädigung ist auch
für die oberste Herstellungsfindung gewesen.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Wehla.
Druck und Verlag: Wehlaer Drucker und Verlag,
G. m. b. H. (M. Sommerfeld, Verleger), Wehla.

**Frucht- und Mobilar-
Verkauf in Rechterfeld.**
Wegen Sterbefalles läßt Fräulein Maria
Kohl in Rechterfeld am
Samstag, dem 2. August 1919,
nachmittags 2 Uhr:
7-8 Scheffeljaat Roggenfrucht,
4 Scheffeljaat Haferfrucht,
1 Scheffeljaat Kartoffeln, Kohl
und Stiefstrüben etc.
ferner:
2 Kühe, 1 Kalb 1/2 Jahr alt, 1 Sau mit
6 Ferkeln 14 Tage alt, 12 Hühner, eine
Anziehe, 1 Kleiderständer fast neu, 1 antiken
Schrank, 1 Mantelstiel, 1 Etmulaterne,
Eimer etc., 1 Einmacheseß, Keller, 1 Hausen
Stroh etc. etc.
Offenlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen.
Mit dem Verkauf der Frucht am Beschriebener
Weg wird zuerst begonnen.
Käufer ladet ein.
Wehla. B. Wente.

Kochherde,
weiß und schwarz emailliert, mit großer Holz-
und Löffelierung,
emailliert und schwarz, reich ver-
nickelt, ameril. und irisch. System,
roh und emailliert,
in allen Größen,
Oefen,
Kesselöfen,
Waschmaschinen,
Räucherschranke,
verschließbar,
Dezimalwagen u. Gewichte
empfehlen in großer Auswahl
Wehla. Heiner. Krümpelbeck,
gegenüber der Kirche.
Zu kaufen gesucht ganze
Waldbestände
(Kiefern oder Eichen) gegen Kasse.
Zu werden an
Otto W. Stämpelen,
Oldenburg, Fürst. Nr. 10,
Fernruf 1679.

Zur Herbstsaat empfehle ich:
Original Pektuser Saatroggen
(Züchter: F. von Loßow, Pektus).
Pektuser Saatroggen,
1. Abfaat vom Original
(Züchter: Delonomierat Hans Kofahl, Zernidow).
Winter-Saatweizen
Strube's Squarehead 1. Abfaat.
(Züchter: Hans Kofahl, Zernidow).
Winter-Saatgerste
Gedenborger-Mammuth, 1. Abfaat
(Züchter: Hans Kofahl, Zernidow).
Bestellungen nehme ich entgegen.
D. Schröder,
Wehla und Schneidertung.

Dekorations - Seiden
der Wiener Werkstätten „Wien“ und
Wandstoffe
in großer Auswahl.
Bitte um Bestätigung meines
Schaufensters.
Tapetenhaus
Herrn. Rüggeberg
Wehla i. O., Großeßtr. 2.

Kunstleder-Garnitur
(Antik-Leder)
bestehend aus: Brieftasche, Geldbörse, Zahltasche (2 Fächer), 1 Ring, Krawatten-Nadel und 1 Zigarettenspitze. Winter gegen M. 4.— franco. Garnitur 3,50 M. franco. Bei Postpaket 40 Stück. Versand nur gegen Nachnahme.
F. Kramer, Wehla, Bremerstr. 33.

Ein guter, wachsamers
Hund
zu kaufen gesucht.
Offerten unter Nr. W.
D. 99 an die Geschäfts-
dieses Blattes.
Bickhaken
sind zu haben bei
R. Kohl, Wehla.
Tischlermeister.
**Lupinen, Viehsalz u.
Soppeiribsenamen**
sind eingetroffen.
J. Hasstam, Steinfels.
Am Sonnabend, dem
2. August, vorm. 10 Uhr,
kommen auf Bahndorf
Falkenroth
**31 beschädigte
Einnackstöcke**
von 20—100 Str. Inbail
offenl. meistb. z. Verkauf.
**Süter-Abfertigung
Falkenroth.**
Kaufe
**Schlacht-
Pferde**
zu höchsten Tagespreisen
Bei Mitteilung der Teil-
nahme komme sofort. Nach-
schladungen schnelle Be-
handlung.
W. Feierabend,
Hofschlachtere mit elektr.
Betrieb.
Osnabrück,
Kommendierstraße Nr. 66
Telefon Nr. 616.
Heberneide Pferde-Ver-
sicherungen auf Jahres-
abfuhr.

Kautabak
(Friedensware).
H. Osterhoff, Damme,
Telefon 394.
Brennholz
jeder Holzart laufe zu
hohen Preisen, übernehme
auch ganze Holzbestände.
Zahle hohe Preise.
Heiner. Leye, Dinstlage,
Telefon 48.
Selegeneitskauf.
1 Benzolmotor
mit Drescher und Mahl-
gang, alles zusammen
betriebsfertig, sofort
lieferbar M. 2500.—.
Verkauf.
Heiner. Leye,
Hilfenhof-Em.

Einem Posten
Getreidesäcke
hat abzugeben.
B. Schümler, Wehla.
Einem Posten
hat abzugeben.
B. Schümler, Wehla.

Nellinghof.
Kaninchen- und Geflügelabnahme
Donnerstag von 11-3 Uhr am Bahnhof.
Vechta. D. Borchers.

Lüsche-Hausstelle.
Geflügel- u. Kaninchen-Abnahme
am Donnerstag, dem 31. Juli von 2-4 Uhr bei
Wirt Meyer, von 4 1/2-6 Uhr bei Wirt Kiemer-
ding.
Veitrop. Thoben.

Der Vorsitzende des Amtrats.
Vechta, 1919, Juli 26.

Bersammlung
des Amtrats des Amtratsverbandes Vechta am
Sonntag, dem 9. August d. Js.,
vormittags 10 Uhr
in Schäfers Hotel in Vechta.

- Tagesordnung:**
1. Verpflichtung der Mitglieder des Amtrats.
 2. Neuwahl des Vorsitzenden des Amtrats und seines Stellvertreters.
 3. Neuwahl der Mitglieder des Amtratsvorstandes.
 4. Uebernahme der Kosten für die Verbilligung der ausländischen Lebensmittel.
 5. Feststellung einer Gebühreordnung für den Wiesenbaumeister.

Verding.

Habe am Freitag, dem 1. August in Cloppenburg auf dem Markt

mehrere junge und ältere
Pferde
zum Tausch und Verkauf.
Frank, Quakenbrück. Simon, Werle.

Eine Ladung
Lengericher Stückfutt
angefommen. **Arnold Meyer,**
Bahnhof Goldenstedt.

Ich bin Abnehmer von
Heu u. Stroh
und zahle die höchsten Tagespreise.
Heinrich Maibaum, Osternburg,
Dehlmannsweg 6. Telefon 435.

Sieben eingetroffen:
la gesund. La Plata-Mais
and gebe dabon ab, so lange der Vorrat reicht.
Wilhelm Toel,
Wildeshausen am Bahnhof.

Erhalte eine Ladung
30-32% Kali,
wodon noch abgeben kann, zu Speditatspreisen.
Goldenstedt Bahnh. **Arnold Meyer.**

Zur Herbstausaat:
Original Petkuser Saatroggen
and 1. Abfaat vom Original von den Saatanbau-
stellen Westerland, Struckberg und Lepping, Lütten.
(Züchter: Frhr. von Rochow, Belski, und Ritter-
gutsbesitzer Bressfeldt, Schladen).
Original extra Dickkopf Weizen.
Eriewener Saatweizen Nr. 104, 1.Abs.
Original Schladener Saatgerste.
Bestellungen erbitte rechtzeitig. Anträge und
Saatartern sind bei mir zu holen.
Vechta. P. A. Fortmann.

Habe noch **Pianos**
und **Harmoniums**, darunter
ein Orgel-Harmonium zu
verkaufen.
Auguste Kröger, Vechta,
Münsterstraße.

Empfehle:
Kalkstickstoff
garantiert 17/22%,
schw. Ammoniak
garantiert 20/22%.
Wildeshausen am Bahnhof. Wilh. Voel.

Sofas
in großer Auswahl und Preis-Qualität, liefert
außerst billig

B. Klövekorn, Vechta,
Möbellager. Telefon 55.
Zur Herbstausaat empfehle

Spörgelsamen,
Herbst- oder Stoppelkrübsamen.
Vechta u. Schneiderkrug. **D. Schröder.**

Dauerwäiche preiswert und gut. **Dauerwäiche**
Dauerwäiche **B. Brand** **Dauerwäiche**

Lupinen
— soeben wieder eingetroffen. —
Bestellungen schnellstens erbeten.
Vechta. P. A. Fortmann.

Telegrammadr.: Schwaborn, Vizingheim.
Größere Posten
18er
Falz- und Rheinweine,
glanzhell, abzugeben
Deidesheimer Mt. 6.75 p. Flasche,
Gutenberger Mt. 7.— p. Flasche,
Dürheimer-Rot Mt. 7.50 p. Fl.,
excl. Glas und Kiste gep. Raffia.
Angebot freibleibend.
Heinr. Schwaborn,
Weinfeiler.
Ving. u. Rhein.
Fernspr.: Amt Vitz 115.

Säcke
aus kräftigem Grauleinen (sein Mischgewebe),
Größe 70x100 Mt. 9.75. Stoffmuster zu Diensten.
Bestellungen schon jetzt erforderlich.
Heimann, Hameln, Deisterstr. 48.

Frucht-Verkauf und Landverpachtung.
Der Kolon Heine Schäper, Osterdamme, läßt
am Freitag, dem 1. Aug., nachm. 5 Uhr,
ca. 35 Scheffelsaat bestes
Uderland

öffentlich meistbietend auf längere Jahre verpachten.
Bei dieser Gelegenheit sollen 10 Scheffelsaat mit
pr. Saferkraut verkauft werden. Verammlung
am grünen Wege bei Gdoff.
Es ladet hierzu ein
Damme. Friz Börger.

Wohnhaus in Vechta,
gut erhalten, mit oder auch ohne Garten, gegen bar
oder auch Teilhypothek zu kaufen gesucht. Gest. An-
gebote bitte zu richten unter Nr. 45 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Neu eingetroffen:
Beste deutsche Nähmaschinen mit voller
Saranke, auch einige gebrauchte, gut
gehende sind preiswert abzugeben.
Reparaturen an Nähmaschinen u. Fahr-
räder werden gut und billig gemacht.
Fahrradteile sowie Summi stets vorrätig.
Th. Kalvelage, Dinklage (Bahnhof).

Eisenwerk Varel
Gegr. 1843. Varel i. O. G. m. b. H.
Telegr. Eisenwerk Varel Oldenburg
Fernrufe: Nr. 20, 28 u. 42.
Liefert
Eisen- Stahl- u. Metallguß, roh u.
bearbeitet - Konstruktionen -
Maschinen für Molkereien, Ziegeleien,
Mühlen usw. Fabrikeinrichtungen
Feld u. Normalbahnen, Nieten usw.
Reparaturen jeder Art.
Zweibüro: Bremen, Oberstr. 2/43
Fernruf Roland 8116
Ingenieurbesuch
u. Kostenanschläge
sogar u. kassenlos.

Fahrräder
mit Gummi-Decken u. Schläuchen
sofort lieferbar.
Hinners & Tabke, Lohne.

Turnverein Vechta.
Sommerfest
am Sonntag, 3. August 1919, nachmittags
auf dem Schützenplatze bei Vechta,
bestehend aus Freilübungen, Schauturnen
an Red, Barren, Pferd und Bod,
— ferner turnerischen Spielen. —
Abmarsch nachmittags 3 Uhr vom Vereins-
lokal Hotel Schäfers. Nach dem Schau-
turnen Nüchternheit zur Stabl. Dasselbst
gegen 7 Uhr bei Schäfers und Meijers
großer Festball.
Die Musik wird ausgeführt von der
Musikcapelle des Inf.-Reg. 65 in Osna-
brück. Während des Schauturnens Konzert.
Es ladet freundlichst ein
Der Festausschuß.
Eintritt zum Festplatz: Erwachsene 50
Pfg., Kinder frei.
Eintritt zum Festball: Herren 3 Mt.,
Damen 1 Mt., Damen frei.
Eintrittsband berechtigt zum Betreten
beider Säle.
Heute abend Turnen in der Turn-
halle bei der Wassermühle.
Turnverein Vechta.

Die sicherste
Kapitalanlage für Landwirte
bietet sich durch den Abschluß einer Lebens-
versicherung mit Vorauszahlung der
Prämien für die ganze Dauer, gegen äußerst
billige Prämien und günstigen Bedingun-
gen bei der
„Wilhelm in Magdeburg,“
Allg. Ver.-Akt.-Ges.
Auskunft erteilen unsere Vertreter:
J. Dietmann, Langförden i. O., Nr. 20
Franz Westershaus, Veitrop i. O., Nr. 2
Ferd. Feidhaus, Bürodorf, Lönningen i. O.
Aug. Zwenhövel, Vechta i. O.
A. Ruhe, Batum i. O.
Fr. Bernh. Willenbring, Cloppenburg
i. O., Bangehstraße.

Petrol- u. Seife,
braune Seife, Friedensseife.
K.A.- u. sonstigen Seifenpulver.
Sehr schöne, hellige
Waschservice
sind eingetroffen.
F. Bollmann, Damme.

Zu verkaufen:
eine schöne Land-
stelle mit 25-30
Sch.-S.gut. Landes-
heine. Maibaum,
Osternburg, Dehlmanns-
weg 6. Telefon Nr. 435.

Kräftiges Arbeitspferd
zu kaufen gesucht. Frisch
bis jedschäftiger Wallen
bevorzugt.
Direktion der Strafan-
stalten.
Gesucht auf sofort ein

Kleiner Knecht
für Landwirtschaft und
Gehilft.
Landesarbeitsnachweis-
Geschäftsstelle Vechta.
Angenehme, dauernde
Stelle findet ein einfaches
Mädchen,

das gut kochen kann und
selbständig alle vor-
kommenden Arbeiten aus-
führen kann, (auch ein
kleines Gemüsegarten am
Haus). Es muß aber
brav, fleißig u. recht harm-
los sein. Lohnanspruch nach
Empfehlung an
Landesarbeitsnachweis-
Geschäftsstelle Vechta.

Jg. Mädchen
für sofort oder später für
n. Haushalt nach Wülfing
i. W. gef. Köchen mit-
erf., kann elearn werden.
Landesarbeitsnachweis-
Geschäftsstelle Vechta.

Vertreter
zum Verkauf einer den
züglichen Sommerreise an
Landwirtschaft gelandete
hohe Provision.
Offerte an
Landesarbeitsnachweis-
Geschäftsstelle Vechta.

Suche sofort einen
**Stiefmacher-
Gesellen**
auf dauernde Arbeit
und gegen hohen Lohn
Kost und Logis im Hause
Landesarbeitsnachweis-
Geschäftsstelle Cloppenburg.

Gesucht zu Ostern
eine Wohnung,
wenn möglich mit Garten
in oder bei einem Kirch-
ort. Näheres in der
Geschäftsstelle dieses Bl.

Eine goldene
Schiffsnadel
verloren. Gegen Belohnung
abzugeben. Großer 57.
Habe auf meinem
Gift gelegt.
Joh. Kettel,
Wiel-Dintlage.

Tanzunterricht!
Die Übung in Flaco-
derlohausen ist nicht
Freitag, son. Samstag.
Sebr. Wenholtz.

Zurückgekehrt
Dr. Cremer,
Augenarzt,
Oldenburg, Goltzstraße.

Achtung!
Bei der Rehlingschen
Ziegelei in Goldenstedt
ist ein großer neuer
Schuppen
über dem Ringofen, be-
stehend aus besten ge-
schliffenem Bauholz mit
ca. 8000 Dachziegeln, so-
fort zu verkaufen. An-
fragen bitte zu richten an
Friz Börger, Damme.
Telefon 2.